

Unter Anderen Umständen, 25.08.2021

INTRO: Unter anderen Umständen, der monatliche Podcast von Felicia Ewert und Sibel Schick. Gespräche zwischen zwei Feministinnen über politische Ereignisse, über die sie unter anderen Umständen nicht sprechen müssten.

FELICIA: Hallo Sibel, guten Morgen.

SIBEL: Hallo Felicia, guten Morgen. Das ist die Folge 9.

Felicia: Ja!

Sibel: Worüber wollen wir heute sprechen?

Felicia: Wir haben uns kurzfristig umentschlossen, wir werden heute über die bald anstehende Bundestagswahl sprechen.

Sibel: Genau, aber bevor wir damit anfangen, erstmal eine Sache. Felicia hat Nachrichten bekommen von Menschen, die uns daran erinnern haben das nicht alle Menschen Podcasts konsumieren können und das wir auch Transkripte zur Verfügung stellen sollen. Wir haben drauf gehört und wir haben auch mit unserer Redaktion gesprochen und jetzt stellen wir auch nach der Veröffentlichung der Tondatei Transkripte auf der Website von nd, also nd-aktuell.de. Und als ich letztes Mal über den Text gegangen bin, nach der letzten Folge, hab ich gemerkt das ich dich, Felicia, hardcore unterbrochen hab. Das war so schriftlich vor mir mit all seiner Nacktheit, du sagst das Wort ist und ich so „Ich rede jetzt!“. Da ging es um das Wort Familienvater und ich möchte dich gern bitten, dass du diesen Gedanken nachträglich in dieser Folge erstmal ausführst, wenn das für dich okay ist?

Felicia: Ja, das ist für mich in Ordnung. Ich habe mich selbst dabei ertappt das ich das sogenannte „böse F Wort“ Familienvater verwendet hab. Kurz dazu, das ist überhaupt kein großes Ding. Das ist schon wieder Jahre her das ich irgendwann mal von einer Person wo ich jetzt gerade nicht mehr im Kopf habe, schrieb, einfach nur den Tweet, ganz kurz, „Familienmutter“ und das hat glaube ich bei ganz vielen Leuten so klick gemacht, wie seltsam das Wort Familienvater klingt und warum immer von Familienvater, aber niemals von Familienmutter irgendwie gesprochen wird. Das der Vater noch so den Zusatztitel braucht, so den zusätzlichen Rang, um ihn zum Familienoberhaupt

zu erheben und deswegen rollen sich mir immer so die Fußnägel hoch wenn ich das Wort Familienvater höre und dann hab ich mich selber dabei ertappt das ich es einfach so gesagt habe. Und viel größer ist es eigentlich nicht. Das war einfach so ein krasser Klickmoment, das jemand einfach mal schrieb „Familienmutter“, das war der ganze Tweet und das war plötzlich so Mindblown. (lacht) Ja stimmt, keine Sau würde Familienmutter sagen. Warum müssen wir immer von Familienvätern sprechen und so? Genau. Das war schon die ganze Geschichte. Ich habe es tatsächlich gar nicht so krass wahrgenommen, das du mich so doll unterbrochen hättest, aber es ist alles cool. Gut das wir drüber sprechen.

Sibel: Du, ich habs selber nicht wahrgenommen. Ich habs einfach gelesen vor mir und dachte, boah shit, es war so krass als Text. Du sagst das Wort „Ist“ und drei Punkte und ich drunter so, „Anyway“ (Gelächter). Geht gar nicht. Geht gar nicht! Also zurück zu unserem heutigen Thema Bundestagswahl. Das ist auch die letzte Folge jetzt vor der Wahl, also bevor die Wahlen stattfinden. Deshalb machen wir das jetzt ganz schnell!

Ja! Gehst du eigentlich wählen?

Felicia: Ja, ich geh wählen.

Sibel: Sehr gut also es gibt eine Partei, von der du dich repräsentiert siehst?

Felicia: (lautes Gelächter) Ich hoffe das können jetzt ganz viele Leute fühlen. Es wird ja immer vom kleineren Übel gesprochen oder was halt auch ein Satz bei sowas ist, ist immer, „Ja, da haben wir die Wahl zwischen Pest und Cholera“. Und da muss ich jetzt dazu sagen, wenn ich die Wahl habe zwischen Pest und Cholera, dann wähle ich die Cholera, weil die wird man eher wieder los. Da kommt man eher durch als bei der Pest. Repräsentiert nun ja, du musst dir so eine Partei vorstellen, egal wieviele Mitglieder die jetzt faktisch hat, wieviele Mandate, wieviel Prozent sie in den Parlamenten, ist ein ganz großes Konglomerat aus verschiedensten Leuten, die dort zusammen kommen mit verschiedensten Überzeugungen auch innerhalb von einer bestimmten Partei und in jeder Partei, die in irgendeiner Weise in Erwägung kommt sind immer genügend Leute dazwischen, die ich auf den Tod nicht ertragen könnte oder wollen würde, aber die sitzen nunmal mit da drinne. An denen kommst du nicht vorbei und dann musst du dich nunmal leider darauf konzentrieren, das da eben auch entsprechende gute Leute dazwischen sitzen, die

das in irgendeiner Weise immer und immer wieder auffangen. Auffangen müssen wahrscheinlich eher. Das heißt, es ist immer ein sehr großes Abwägen hier bei. Es gibt faktisch keine Partei zu der ich mit 100% übereinstimmen würde, oder mit der ich zu wahrscheinlich 90% übereinstimmen würde, aber ich glaube das ist generell einfach so das Ding. Du bist immer im Bewusstsein, zu wissen, okay, du gibst deine Stimme für diese Partei ab und damit gibst du auch faktisch immer Leuten Macht, denen du es nicht geben wollen würdest. Aber es ist nunmal so.

Sibel: Ja, ich weiß auch gar nicht ob das überhaupt möglich ist, jetzt auch Jenseits von Marginalisierungen für eine Person, das die halt 100% mit jedem einzelnen Inhalt einer politischen Partei einverstanden ist. Ich glaube das dürfte eine große Ausnahme sein. Also alleine wegen Pluralität und den unterschiedlichen Positionen, die auch im Parteiprogramm, also im Programm einer politischen Partei vertreten werden. Aber was wären denn so die wichtigsten Themen eigentlich, für dich?

Felicia: Oi, das ist schon wieder ein ganz schön großer Bogen den ich da aufmachen muss. Ich hab natürlich verschiedenste Anliegen aus meinen persönlichen Kämpfen, persönlichen Betroffenheiten heraus, die nunmal faktisch da sind, was für mich Themen wie Frauenfeindlichkeit, Transfeindlichkeit und Homofeindlichkeit angehen, auf die ich da nunmal ein besonderes Augenmerk lege. Aber es geht für mich auch immer um soziale Gerechtigkeit und letztendlich auch um ökonomische Gerechtigkeiten, um Zugänge, um Mitbestimmung, Anteilnahme. Das sind jetzt gerade super leere Worthülsen, ich weiß, aber sonst wäre der Podcast heute drei Stunden lang, wenn ich das jetzt alles ausführen wollen würde. Das können wir hier nicht leisten, das ist nicht möglich.

Sibel: Wir reden über politische Parteien und Wahlverfahren, insofern sind Worthülsen eigentlich herzlich willkommen.

Felicia: Das stimmt, wenn irgendjemand Worthülsen salonfähig macht, dann sind es in der Regel meistens ja die Angehörigen von Parteien. Ist faktisch so. Soziale Gerechtigkeit, es gab da am Montag in der taz so eine kleine Doppelseite wo verschiedenste Leute dazu befragt worden, was für sie soziale Gerechtigkeit ist und ja, da bin ich auch drinne zu lesen. Auch in diesem Fall mit Leuten drin, mit denen ich eigentlich ungern auf einer Seite stehen möchte. Also auf einer Zeitungsseite mein ich und da hab ich – wenn ich das

kurz ausführen kann – habe ich halt die Frage so beantwortet, um zu sagen das ich dabei immer auf meine persönlichen Kämpfe und Betroffenheiten drauf achte, aber darüber hinaus, das es auch meine Verantwortung ist, mich über die Kämpfe von anderen Menschen konstant zu informieren, weiterzubilden um den Menschen unterstützen zu können. Das gegenseitige voneinander lernen müssen und lernen dürfen, das ist essentiell wichtig. Darüber haben wir auch schon vor längerer Zeit gesprochen, dass du sagtest das du verschiedenste Gewalterfahrungen und Kämpfe nunmal ausfechten musst. Aber das du verschiedene andere Dinge, von denen ich beispielsweise betroffen bin, dass dir das trotzdem in deinem Alltag so nicht begegnet, das du davon eben nicht betroffen bist und das es deswegen so wichtig ist das wir beide voneinander lernen und lernen müssen. Um den Bogen von mir wegzubringen....

Sibel: Warte mal ganz kurz, hab ich das so gesagt?

Felicia: Das haben wir beide im Gespräch so gesagt, ja.

Sibel: Achso im Podcast, oder privat?

Felicia: Achso, das haben wir privat gesagt, wir kennen uns schon seit 2018 mein ich.

Sibel: Ja richtig.

Felicia: Und da haben wir darüber gesprochen.

Sibel: Ich dachte nur, das haben wir sehr gut gesagt.

Felicia: Das haben wir ganz hervorragend gesagt!

Sibel: Entschuldige bitte das ich dich schon wieder unterbrochen habe mit Gedanken.

(Gelächter)

Felicia: Alles gut, wir sind cool! Ja, darüber haben wir gesprochen. Um das alles auf die größere, höhere Ebene zu ziehen, hab ich daran auch gesagt, es geht nicht um irgendwelche theoretischen Konstrukte, sondern es geht eben

um Menschenleben hierbei und nicht um irgendeine ferne, universitäre Theorie oder sonst was. Es geht um Lebensbedingungen, es geht um Arbeitsbedingungen, es geht um körperliche Sicherheit, körperliche Autonomie, Zugang zu Gesundheitsversorgung und all das. Und deswegen ist für mich soziale Gerechtigkeit auch immer ökonomische Gerechtigkeit für Menschen, das war natürlich ein sehr kurzer Text den ich da nur einbringen konnte. Oder durfte. Darum gehts für mich so.

Sibel: Vergangenen Montag, also den 16. August meinst du?

Felicia: Genau, das ist am Montag erschienen.

Sibel: Verstehe. Ja, ich glaube das ist erstmal ein ganz wichtiger Punkt, das man auch alle Kämpfe auch im Blick halten soll und nicht in der eigenen Welt gefangen bleibt. Und dann kommt auch diese Ebene dazu, bei mehrfach marginalisierten Menschen, selbst wenn sie nur bei ihren eigenen Anliegen bleiben würden, ist das super schwierig eine passende Partei zu finden, wenn du beispielsweise gleichzeitig arm bist, und behindert bist und eine Frau und dazu noch von Rassismus betroffen, ist es fast schon unvermeidbar, dass mindestens einer dieser Aspekte im Parteiprogramm vernachlässigt wird.

Ja, definitiv.

Sibel: So und dann bist du aber nur eine Person, du bist ja keine vier Personen, so. Und du hast nur eine Stimme. Im besten Fall. Ich hab ja keine, beispielsweise.

Felicia: Ja, darüber wollte ich als nächstes mit dir sprechen. Das du darüber etwas erzählst.

Sibel: Achso. Ja ich bin nicht stimmberechtigt. Ich lebe seit 2009 in Deutschland und habe noch die türkische Staatsbürgerschaft und um wählen zu dürfen in Deutschland braucht man eigentlich im größten Sinne eine deutsche Staatsbürgerschaft, aber mit einer EU-Bürgerschaft darf man auch auf kommunaler Ebene wählen und das ist ein Teil des Vertrags von Maastrich, also Vertrag über die europäische Union, 1992 wurde das unterschrieben. 93 in Kraft getreten, das alle Menschen, die Staatsbürger\*Innen sind, von einem Staat in der europäischen Union auch überall wo sie sesshaft sind, innerhalb der europäischen Union auch ein kommunales Wahlrecht haben. Davon bin

ich aber natürlich auch ausgeschlossen als türkische Staatsbürgerin sozusagen und ich müsste mich einbürgern lassen, und ganz oft ist es ja auch so das Menschen- ich empfinde das als Problem, das Menschen erst nach der Einbürgerung stimmberechtigt werden in Deutschland. Und das sehen auch nicht wenige so und wenn ich das mal thematisiere in einem Text oder in einem Social-Media-Post, oder so, dann ist die Reaktion mit der ich ganz oft begegnet werde halt, ja, dann lässt du dich halt einbürgern, das ist halt so. In vielen anderen Ländern ist das ja auch so. Wenn ich jetzt in die Türkei ziehe bin ich ja auch nicht stimmberechtigt und das ist natürlich auch Ablenkungsmanöver von dem Thema, einfach den nackten Status Quo wiederzugeben, sozusagen. Nochmal den Status Quo zu beschreiben als wäre das halt eine Rechtfertigung, ein Grund dafür. Der Status Quo ist nicht der Grund, warum etwas so ist, wie es ist. Und das finde ich total lustig. „Ist halt so.“ - „Dann musst du dich halt einbürgern lassen.“ als wäre es einfach, sich in Deutschland einbürgern zu lassen! Es ist mit so vielen Privilegien verknüpft!

Felicia: Was für eine krasse, scheiß Aussage einfach. Wie du sagst. Als ob das wie einen neuen Ausweis zu beantragen wäre. Oder als wie im Supermarkt einkaufen zu gehen. „Mach das doch einfach.“

Sibel: Ja genau. Mach das einfach! Das schiebt die Verantwortung ja auch auf die Person, die betroffen ist, aber es ist ja nicht in meiner Macht ob ich eingebürgert werde oder nicht. Nicht ich als Sibel Schick, sondern insgesamt die Menschen, die eingebürgert werden wollen würden, normalerweise, das wollen ja auch nicht alle, aber die, die das wollen, die haben ja keine Autorität darüber, ob sie das auch werden. Es gibt Kriterien, die erfüllt werden müssen, und es gibt, das fordert auch ein Durchhaltevermögen und es fordert einen Überblick, das ist so viel Arbeit und das ist ein bürokratischer Alptraum und du musst einen Test belegen, du musst Geld dafür bezahlen, du musst dauerhaft arbeiten können. Du musst dauerhaft gesund sein, nichtmal dauerhaft, du musst gesund Zeitpunkt sein in dem Zeitpunkt. Auch während des Verfahrens darfst du nicht irgendwie arbeitsunfähig werden. Das ist eigentlich fast schon eine Erpressungssituation mit der Menschen konfrontiert werden. Die Mehrheitsgesellschaft weiß das nicht, was ja auch völlig normal ist, weil welche deutsche Person lässt sich in Deutschland einbürgern? Niemand. Und wenn du halt diesen ganzen Prozess nicht durchgegangen bist oder wenn du niemanden kennst, also keine andere Person kennst die das durchmachen musste, dann ist es auch normal, dass du das nicht weißt. Aber ich meine, wir haben ja auch insgesamt ein Problem damit, das Menschen auch nicht zuhö-

ren wollen. Und stattdessen lieber sagen wollen wo es langgehen soll für dich. Dann mach das doch so – okay! Ich kanns machen wollen, aber am Ende spielt das keine Rolle was ich will. (lacht) Aber auch ganz unabhängig davon, ich bin zwar nicht stimmberechtigt, das könnte sich natürlich in der Zukunft ändern, allerdings frage ich mich dieses Jahr besonders stark, was wäre, wenn ich stimmberechtigt wäre, welche Partei hätte ich denn überhaupt wählen können? I don't know. Ich wüsste es ehrlich gesagt nicht, ich empfinde das wirklich auch als großes Problem, weil immer bestimmte – es gibt halt ganz wichtige Aspekte die in einem Parteiprogramm unbedingt vertreten werden müssten und dann kann ich auch nicht irgendwie sagen, dass sind jetzt die Prioritäten und die anderen Aspekte kann ich vernachlässigen, oder ich kann ein Auge zudrücken, wenn das von der Partei die ich wählen soll vernachlässigt wird und so. Man kann natürlich auch „Protestwählen“ und protestwählen ist bei mir wirklich nur bei der Linken Partei legitim, anderweitig nicht. Höchstens wenn- so weißt du was ich meine? Auch wenn der Begriff eigentlich total krass vorbeladen ist. Weil Rechte und Nazis eben als Protestwähler\*innen bezeichnet werden. Als wüssten sie nicht, was sie machen. Als wären sie nicht zurechnungsfähig, zu gucken, eins und eins zusammenzuzählen. Was eigentlich in einem Land passieren kann, wenn ich meine Stimme einer faschistischen Partei gebe. Was für Proteste?? Wenn du protestieren willst gehst du auf die Straße und schreist ein bisschen rum und läufst von A nach B! Oder machst irgendwelche Kunstaktionen, was auch immer, du schreibst einen Text! Du wählst doch keine faschistische Partei! Weißt du? Anyway! So grundlegende Diskussionen!

Felicia: Ja, diese krasse, permanente Verharmlosung. Es ist zum heulen. Richtig, richtig schlimm ist das. Immer im Hinterkopf dieses, Oh, die Leute bloß nicht verschrecken wollen.

(Gelächter)

Sibel: Und damit sind wir beide nicht gemeint, wir dürfen ja erschreckt werden. Wir werden permanent erschreckt.

Felicia: Ja, werden wir.

Sibel: Permanent, jeden Tag, den ganzen Tag, weißt du?

Felicia: Wenn ich jetzt nur an Parteiaspekte denke, wenn ich an die Anhörungen zum TSG abschaffen und zur Einführung von einem Selbstbestimmungsgesetz höre, da waren abgesehen von der AfD, wenn du dir erstmal nur die Redebeiträge- also ich meine nicht jetzt im Mai sondern vom letzten Jahr, als das erstmals besprochen wurde, wenn du dir die Redebeiträge anhörst, dann gehst du raus und denkst, guck mal im Prinzip sind die anscheinend doch alle dafür das TSG abzuschaffen. Und dann mit der Zeit hat es sich immer weiter verdichtet und dann hörst du, ja, es ist alles schlimm, schlimm, schlimm, mit diesen trans Personen. Natürlich verwenden sie in der Regel andere Begriffe, ja aber wir können das nicht abschaffen, das geht nicht, das ist gefährlich. Und die Kinder! (lacht)

Sibel: Genau, und wer nicht weiß was TSG ist, das haben wir in unserer aller aller allerersten Folge besprochen, Felicia hat ausführlich erklärt was TSG ist und warum TSG weg muss und das könnt ihr euch gerne anhören und kauft Felicias Buch, das gerade übrigens in der 3. Auflage ist.

Felicia: Ja, tatsächlich!

Sibel: Also kauft das und da sind auch ganz ganz viele Informationen dazu und Expertinnen-Wissen und Felicia, ja.

Sibel: Ich hab dieses Jahr auch gemerkt, vor vier Jahren hab ich das nicht so stark wahrgenommen, aber dieses Jahr habe ich tatsächlich gemerkt, dass auch einige Initiativen entstanden sind für die Erweiterung des Wahlrechts in Deutschland.

Felicia: Ja.

Sibel: Also dass wahrscheinlich auch mithilfe von Fridays for Future wird auch darüber gesprochen, dass das Wahlalter insgesamt gesenkt werden soll und aber auch gibt es Initiativen, die fordern, dass das Stimmrecht, dass das Wahlrecht von der Bedingung der Staatsbürgerschaft getrennt werden soll und dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, das heißt, ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, automatisch stimmberechtigt werden. Also dass das irgendwie nicht als Voraussetzung gilt, dass sie sich einbürgern lassen müssen und was ja auch nicht in ihrer Macht ist so. Also ich habe mir auch angeguckt, welche Parteien, welche politischen Parteien in Deutschland zur Zeit irgendwie in ihrem Parteiprogramm das Thema Wahlrecht aufgegriffen haben und habe herausgefunden, dass die SPD und Grünen kommunales Wahlrecht für alle fordern und Grüne dazu noch



Wahlrecht ab 16 Jahren.

Felicia: Ja.

Sibel: Die Linke fordert Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen und Die Urbane ebenso. Und Die Urbane fordert dazu Wahlrecht für alle ab 14 Jahren.

Felicia: Hierzu fällt mir gerade noch ein, da hatte ich auch noch einen Artikel gelesen, dass Die Linke in Hamburg letztes Jahr dazu bereits einen Antrag, so heißt das ja in Hamburg, die Bürgerschaft, die Bürger\*innenschaft, ich glaube also so, das ist auch der richtige Titel tatsächlich dafür, dazu einen Antrag eingebracht hat, dass alle Menschen, die seit fünf Jahren in Hamburg leben, dann entsprechend das Wahlrecht für Hamburg erhalten. Also es ist ja im Prinzip wie Landesebene, weil Hamburg ist ja ein eigenes Bundesland.

Sibel: Genau, also im Parteiprogramm ist auch tatsächlich halt bundesweites Wahlrecht, davon wird gesprochen bundesweit, also kommunales Wahlrecht und bundesweites Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben usw. Was ich auf jeden Fall unterstütze.

Felicia: Definitiv, da bin ich dabei. Wo wir gerade beim Thema Alter sind habe ich mir mal wieder die Altersstruktur der Wahlberechtigten angeschaut: 60,4 Millionen Menschen sind in Deutschland wahlberechtigt. Und von diesen 60 Millionen sind 22 Millionen der Menschen über 60-Jährige. Sie machen damit bei der Gesamtzahl der Wahlberechtigten 38 Prozent der Stimmen werden sie dann faktisch ausmachen. Natürlich müssen sie auch zur Wahl gehen. Das ist jetzt kein generelles Ding um zu sagen, ja öh, die über 60-Jährigen ist ja eh klar, was die wählen. Aber einfach mal darauf hinzuweisen, dass knapp 40 Prozent der Leute, die jetzt wahlberechtigt sind, dass die über 60 Jahre alt sind. Und wenn wir jetzt an die Zukunft denken und gerade wenn ich an den Klimawandel denke, da sind halt ganz viele Leute, die dann in dieser Zukunft leben müssen, die ihnen die älteren Generationen hinterlassen haben, ohne dass sie eben schon ein Mitbestimmungsrecht hatten, weil sie eben noch zu jung sind, um bei der Bundestagswahl mitmachen zu dürfen, oder sich selbst aufstellen und wählen lassen zu dürfen. Und das ist eben auch einer der Gründe für diese Initiativen, das Wahlalter abzusenken. Damit die Leute, die Menschen, die jetzt noch jugendlich sind oder junge Erwachsene sind, dann auch eine Möglichkeit haben, über ihre Zukunft faktisch die Zukunft auf diesem Planeten mitbestimmen zu können.

Sibel: Also 22 Millionen, das hätte ich nicht gedacht, das ist wirklich eine sehr sehr große Zahl auf jeden Fall. Auch ein großer Anteil. Also 38 Prozent hast du gesagt.

Felicia: 38 Prozent.

Sibel: Heftigst. Ja und ich habe mir angeguckt, wie viele Menschen dieses Jahr nicht wählen dürfen in Deutschland. Also laut den Zahlen des Ausländerzentralregisters 2020 leben über elf Millionen Menschen, die als Ausländer\*innen gelten, also das heißt, die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates besitzen, ob das jetzt EU ist oder von einem Drittstaat, ist erst mal beiseite, auch EU-Bürger\*innen außerhalb von Deutschland dürfen nämlich bei den Bundestagswahlen nicht wählen. Das heißt, es sind jetzt über elf Millionen Menschen, die von den Bundestagswahlen vollständig ausgeschlossen werden. Es gibt, wie gesagt, unterschiedliche Initiativen, die dazu arbeiten – wir packen übrigens auch in die Shownotes schon mal einen Link, damit ihr euch die Zahlen auch selber angucken könnt. Anyway, eine dieser Initiativen, die sich für die Erweiterung des Stimmrechts in Deutschland einsetzt, heißt »Nicht Ohne Uns 14 Prozent«, also für ein bundesweites Stimmrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Und wir haben im Voraus mit ihnen gesprochen, und zwar mit Sanaz und Azadeh aus der Initiative. Und die haben eine Botschaft, die wir an euch weitergeben wollen:

»In weniger als zwei Monaten findet die nächste Bundestagswahl statt, und zwar ohne die Stimmen von 14 Prozent aller Volljährigen in Deutschland. Das sind fast zehn Millionen Stimmen, die wieder nicht vertreten werden. Der Grund: Uns fehlt die deutsche Staatsbürgerschaft.

Wir sind Sanaz und Azadeh von der Kampagne »Nicht Ohne Uns 14 Prozent«. Wir sind eine selbstorganisierte Gruppe von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und haben diese Kampagne gestartet, um für unser Wahlrecht zu kämpfen. Wir wollen unter diesem Motto auf das Recht zur Selbstbestimmung und politischen Partizipation von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft aufmerksam machen. Unsere Forderung ist deutlich: Bundestagswahlrecht und Kommunalwahlrecht für alle Menschen, die seit fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Damit die Demokratie nicht nur manche, sondern alle repräsentiert, muss erst mal klar werden, dass die Rechte der Menschen nicht an ihre Staatsbürgerschaft, Nationalität, Hautfarbe, Herkunftsland oder Geschlecht verknüpft sein sollten. Die Demokratie kann erst dann alle repräsentieren, wenn alle Menschen erst mal bei der politischen Entscheidungstreffung mitmachen dürfen. Das reicht jedoch nicht. Die etablierten Machtverhältnisse in der Gesellschaft, die seit Jahrzehnten bestimmen, wer wo mitreden darf und wer stumm geschaltet wird, wer diskriminiert und wer privilegiert ist, bestimmen auch, wer heute repräsentiert wird. Genau diese Machtverhältnisse sollten bekämpft werden.

Die Demokratie, die alle repräsentiert, kann die Menschen nicht ausschließen, bei denen, die Privilegien, wie zum Beispiel ein fester Wohnsitz oder der deutsche Pass, fehlen. Solange eine Demokratie zehn Millionen Bewohner\*innen von dem wichtigsten politischen Instrument eines Staates ausschließt, kann diese Demokratie nicht uns allen dienen. Wir Menschen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft, die unseren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sind genauso wie alle anderen von der Politik betroffen. Wir zahlen genauso Steuern wie alle anderen Menschen, ohne dass wir mitbestimmen können, was mit unseren Steuern passiert.

Unser Alltag wird genauso wie unsere Zukunft von allen anderen Menschen außer uns selbst bestimmt. Während Parteien drei Monate vor der Wahl mit ihren Abschiebungspolitiken, Ausbürgerungsstrategien und Grenzsicherungen auf Stimmen gehen und die rassistische und Migrant\*innen-feindliche Narrative reproduzieren, wird uns das politische Mittel weggenommen, um für unsere Rechte zu kämpfen. Solange wir nicht wahlberechtigt sind, und das heißt, dass wir keine Zielgruppe oder Politiker\*innen und die Parteien sind, wird es für unsere Probleme keine strukturelle Lösung geben. Die meisten Migrant\*innen und migrantisierten Personen in Deutschland werden von Rassismus und anderen Diskriminierungsarten betroffen. Ohne Wahlrecht fehlt die Möglichkeit, für die eigenen Menschenrechte auf politischer Ebene zu kämpfen und mitzubestimmen.«

Sibel: Vielen lieben Dank Sanaz und Azadeh aus der Initiative »Nicht Ohne Uns 14 Prozent« für ein bundesweites Stimmrecht für alle Menschen, die in Deutschland leben. Und so, wie ihr das auch gesagt habt, ist es natürlich wichtig, dass die Demokratie auch alle repräsentiert und nicht nur manche. Und das kann ich nur unterschreiben.

Felicia: So und nun haben wir noch einen O-Ton von Edwin Greve. Edwin ist Direktkandidat in Neukölln für die Partei Die Urbane.

»Also ich muss sagen, ich finde es gar nicht so einfach natürlich, die Wahl kurz und knapp einzuschätzen. Ich habe den Eindruck, dass durch die steigenden Berichte über Klimawandel und auch darüber, dass Leuten klar wird, dass das Sachen sind, die eben auch in unserer Beliebtheit auch hier schon Wirkung entfalten können, spürbare Wirkungen, dass das gerade der Debatte rund ums Wahlrecht, Wahlalter absenken auf jeden Fall Aufschwung verschafft hat. Weil genau jetzt sozusagen Leuten bewusst wird, okay, wir dürfen nicht mitbestimmen über Sachen, die uns aber ganz schnell, ganz akut betreffen können. Und das ist natürlich etwas, was Leute, die aufgrund der Staatsbürgerschaft nicht wählen können, eigentlich schon die ganze Zeit wissen. Und diese Problematik haben wir da eben schon die ganze Zeit. Also dass quasi Menschen ausgeschlossen werden von Entscheidungen, die sie

akut die ganze Zeit betreffen. Und das sind anscheinend deutschlandweit gerade etwa 14 Prozent. Also 14 Prozent Menschen, die hier leben ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Es sind in Berlin ungefähr ein Drittel. Und das ist vielleicht ganz interessant: Der RBB hat recherchiert, dass es in Berlin einen Bezirk gibt, der Lichtenberger Wahlkreis, wo etwa 70 Prozent der dort wohnenden Menschen nicht wählen können. Und ich glaube zwar grundsätzlich, dass das nicht an Mehrheiten allein hängen sollte, ob Gruppen das Wahlrecht bekommen, oder nicht. Sondern Kern der Idee ist ja eben, dass alle Menschen, egal, ob sie jetzt in der Mehrheit sind, oder nicht, die Möglichkeit bekommen müssen, an Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuentcheiden. Aber das schafft natürlich das zusätzliche Problem sozusagen, dass sich die Bevölkerung auch gar nicht mehr einreden kann, dass es sich hier um Mehrheitsentscheidungen handelt. Weil eben die Mehrheit der Bevölkerung nicht mitstimmen kann. Ja und ein anderes Thema dieser Wahl wird glaube ich grundsätzlich die Unantastbarkeit der CDU sein. Also man hat ja zum Beispiel in den vergangenen Jahren auch immer wieder Rücktrittsforderungen gegen CDU-Politiker mitbekommen: Gegen Horst Seehofer, da ging es um Abschiebungen nach Afghanistan. Es ging um die ganze Sache mit der Polizeistudie. Und Seehofer hat alles an Aufarbeitung von Rassismus in der Polizei blockiert. Rund um die Ereignisse um den Anschlag in Hanau. Oder zum Beispiel gegen Jens Spahns zahlreiche Versäumnisse in der Coronakrise. Bis hin zuletzt der Masken-Skandal. Dass das so Ereignisse waren, wo man aber plötzlich gemerkt hat, noch mal stärker gemerkt hat, wie unantastbar diese Politiker zu sein scheinen. Und Rücktrittsforderungen keinerlei Erfolg erzielen. Während andere Politiker\*innen von wesentlich weniger Sachen zurückgetreten sind. Wenn man jetzt die Linke-Wohnsenatorin Katrin Lompscher zum Beispiel nennt. Und das wird glaube ich eine grundsätzliche Frage sein. Ja und gleichzeitig ist aber die CDU ja nicht unser einziges Problem, und ich glaube, das ist auch ganz wichtig, dass Leuten das bewusst wird und Leute auch mit ihrem Umfeld darüber sprechen müssen. Eben gerade auch solche Politiker\*innen wie Franziska Giffey, die ja Bürgermeisterin in Berlin werden will von der SPD. Großes Gefahrenpotenzial sage ich mal für uns gerade marginalisierte Gruppen mitbringen. Oder auch ja jetzt im Zuge der nie stattgefundenen Evakuierungen der zu späten Evakuierungen aus Afghanistan. Heiko Maas, der Außenminister, ebenfalls SPD-Politiker, der ja auch öfter mal so davonkommt als der Good Cop in der Regierung, der aber durchaus genauso Verantwortung trägt. Und das ist glaube ich eine große Frage, ob wir ein linkes Wähler\*innen-Gros dazu bewegen können, tatsächlich auch links von der SPD zu wählen.«

Felicia: Ja, vielen Dank an dieser Stelle an dich, Edwin, vielen Dank für deinen Beitrag. Ja, wenn wir jetzt noch über aktuelle Dinge sprechen wollen, die vielleicht für manche erst mal gar nicht so nach Wahlkampfaussagen so erscheinen, haben wir jetzt natürlich das vielzitierte Statement von Armin

Laschet bezüglich, dass sich 2015 nicht wiederholen dürfe. Das ist zum einen seine Meinung, seine Position zur aktuellen humanitären Krise, die sich in Afghanistan ereignet und mit der das nun befürchtet – befürchtet ist auch schon ein ganz schreckliches Wort an dieser Stelle – dass nun mal davon auszugehen ist, dass über kurz oder lang sehr viele Menschen das Land verlassen werden, verlassen werden müssen, aus dem Land fliehen müssen, und dass das halt quasi, dieses Statement in: »2015 darf sich nicht wiederholen«. Das ist eine direkte Wahlkampfansage an die Wähler\*innenschaft: Keine Sorge, bleibt ruhig, ich kann euch versichern, das wird nicht noch mal passieren. So. Was 2015 passiert ist. Als ob das eine Krise, eine Katastrophe oder sonstiges irgendwie in irgendeiner Weise für Deutschland war. Das ist eine direkte Ansage an die Wähler\*innenschaft, an die potenzielle Wähler\*innenschaft von CDU/CSU, aber eben auch ganz klar das sogenannte Fischen am rechten Rand, um zu sagen, hey, wir verstehen eure Sorgen, keine Sorge, wird nicht passieren.

Sibel: Ich verstehe auch nicht, was sich nicht wiederholen soll. Was ist denn überhaupt? Also ich habe in meinem Alltag keinerlei gelitten. Wirklich. Es gab keine Krise, es gab irgendwie keinen Engpässe für irgendwas. Ich habe mich ausreichend ernähren können. Ich habe ganz normal arbeiten können – leider musste ich arbeiten.

Felicia: Ja ja.

Sibel: Ein Leben ohne Arbeit kann ich mir auch sehr gut vorstellen.

Felicia: Ja.

Sibel: Aber anyway, das ist ein anderes Thema. So, ganz ehrlich, was ist denn, was war denn los 2015? Was war denn diese Katastrophe eigentlich?

Felicia: Wo war die Krise?

Sibel: Ja, richtig. I don't know. Ich glaube, das werden wir nie erfahren.

Felicia: Ja, das heißt, das hier ist jetzt meine persönliche Einschätzung: widerwärtig, menschenverachtend und eine direkte Ansage an sogenannte Konservative und ganz offen rechtsoffene Personen, faschistische Personen sozusagen. Hier, ich habe eure Sorgen »ernst genommen« und hier, das wird nicht noch mal passieren.

Sibel: Wie gesagt, es gibt in diesem Land über elf Millionen Menschen, die jetzt bei den Bundestagswahlen ausgeschlossen werden. Es ist nicht legal, das eigene Stimmrecht zu verschenken. Also wenn es Menschen gibt, die die Bundestagswahl im September lieber boykottieren möchten, diesen

Menschen sage ich nicht, dass sie ihre Stimme lieber einer anderen Person, die nicht stimmberechtigt ist, geben sollen. Also das wäre ja strafbar, wenn ich so was sagen würde. Ich sage es einfach nicht, ich sage einfach gar nichts, Felicia.

Felicia: Ich sage dazu auch nichts.

Sibel: Also das Stimmrecht verschenkt man nicht, weißt du.

Felicia: Nein, das macht man aber nicht.

Sibel: Nee, das macht man nicht.

Felicia: Ja, gut, nächster Punkt.

Sibel: Ich hätte einen Appell.

Felicia: Ja, ich höre.

Sibel: Ja, ich finde halt Menschen, die nicht stimmberechtigt sind, die werden halt von der Politik, also von politischen Parteien einfach nicht gesehen. Sie werden nicht gesehen, sie werden nicht gehört, weil ihre Stimmen ja weder gewonnen noch verloren werden können. So, die sind irrelevant für ihren Erfolg, die sind absolut irrelevant. Und deshalb macht man in der Regel auch keine Politik für Menschen, die nicht stimmberechtigt sind. Und das muss sich ändern. Und das wäre mein Appell an alle politischen Parteien, dass sie jetzt gefälligst aufhören sollen, Menschen, die nicht stimmberechtigt sind, einfach zu ignorieren, als gäbe es sie nicht.

Felicia: Gut, vielen Dank dafür. Dann hätte ich jetzt auch noch einen kleinen Appell an so aus meiner Position als weiße Deutsche habe ich dann den Appell: Ich weiß, Leute, ihr meint es häufig sehr gut, wenn ihr das sagt, dass sind mehr, also jetzt hier so Zitierweise, »das sind Menschen, die hier leben und arbeiten und irgendwie zur Gesellschaft was beitragen«. Und deshalb müssten sie doch eigentlich ein Stimmrecht haben. Das Stimmrecht sollten sie bitte auch so haben dürfen, ohne etwas für diese Gesellschaft geleistet, erwirtschaftet, sich haben ausbeuten lassen oder sonst was gemacht haben zu müssen. Das ist mein kurzer Appell an dieser Stelle. Und bevor wir uns verabschieden, sage ich noch, wenn euch dieser Podcast gefallen hat, hinterlasst ein Like, ein Abonnement und einen Kommentar, empfiehlt uns bei Leuten, teilt uns auf Social Media, und wir sehen uns dann die Tage. Ich bin Felicia Ewert.

Sibel: Ich bin Sibel Schick.

Felicia: Ciao.

Sibel: Tschüss.